

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 32 bis 46:

In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein.

~~In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.~~

Deshalb brauchen wir kurz, mittel- und langfristige Konzepte zum Ausbau des Personals der Polizei. Neben der Erhöhung der Ausbildungszahlen muss eine Einstellung von Angestellten zur Entlastung von administrativen Aufgaben, aber auch in Spezialbereichen möglich sein. Parallel zu den Anstrengungen der Bundesländer muss auch der Bund für einen Personalzuwachs bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt sorgen. Um auch in Zukunft genügend qualifizierte Bewerber*innen für den Polizeiberuf zu gewinnen, muss die Polizei als Arbeitgeber attraktiv gestaltet werden. Dazu bedarf es guter Qualifikations- und Karrierechancen, aber auch Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit die Polizei im Querschnitt ein Abbild unserer Gesellschaft bleibt, setzen wir verstärkt auf die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, deren Kenntnisse und Fähigkeiten auch für die vielfältigen Aufgaben in der Polizei von Gewinn sein können.

Nur eine rechtsstaatliche Sicherheitsarbeit ist auch eine gute Sicherheitsarbeit. Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden mit ausreichenden Kompetenzen ausstatten und einen starken freiheitlichen Rechtsstaat garantieren. Dies bedingt jedoch auch, dass die Sicherheitsbehörden angemessen kontrolliert werden. Wir setzen uns deshalb sowohl für die Einführung von anonymisierten Kennzeichnungspflichten bei geschlossenen Einsätzen als auch für die Einrichtung von unabhängigen Polizeibeauftragten als Ansprechpartner für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen ein.

Begründung

Präzisierung der Forderungen: Schließlich geht es nur um Bundesbehörden. Weiterhin wollen wir deutlich machen, dass man nicht nur mehr Beamte einstellen, sondern auch von administrativen Verwaltungsaufgaben entlasten muss.

Außerdem sind auch eine flächendeckende Kennzeichnungspflicht und Kontrolle für funktionierendes rechtsstaatliches Wirken notwendig.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marius Kühne (Münster KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Christian Zander (Tübingen KV)